



## **BBU-Pressemitteilung 06.12.2021**

Bundesverband  
Bürgerinitiativen  
Umweltschutz e.V.  
Prinz-Albert-Str. 55  
53113 Bonn  
Tel.: +49 (0) 228 214032  
Fax: +49 (0) 228 214033

bbu-bonn@t-online.de  
www.bbu-online.de  
www.facebook.com/bbu72

# **Ampelkoalition hat Uranfabriken ausgeblendet / Vor drei Jahren Brand in Lingen / Protest in Gronau**

(Bonn, Lingen, Gronau, 06.12.2021) Vor dem Hintergrund der Regierungsbildung in Berlin hat der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) die sofortige Stilllegung der Brennelementefabrik in Lingen gefordert. Aktueller Anlass der Forderung ist auch der dritte Jahrestag des bisher schwersten Störfalls in der umstrittenen Anlage, der sich am 6. Dezember 2018 ereignet hat. Im BBU sind u. a. der Elternverein Restrisiko Emsland und das Bündnis AgiEL (AtomkraftgegnerInnen im Emsland) organisiert, die auch die sofortige Stilllegung der Anlage fordern.

Nach einem Brand in der Lingener Brennelementefabrik am Nikolaustag 2018 wurde die Anlage für etwa 2 Monate abgeschaltet. Insgesamt gab es in der Anlage bisher ca. 150 Störfälle. Es ist zu befürchten, dass der Betrieb der Anlage, in der Brennstäbe für Atomkraftwerke produziert werden, mit weiter zunehmendem Alter der Anlage, noch unsicherer wird. Schon seit geraumer Zeit fordern Bürgerinitiativen, der BBU und weitere Organisationen, insgesamt mehr als 350, mit der „Lingen-Resolution“ die sofortige Stilllegung der Lingener Brennelementefabrik und des nahe gelegenen AKW Lingen 2.

Der BBU kritisiert, dass die Lingener Brennelementefabrik und die Urananreicherungsanlage in Gronau im neuen Ampel-Koalitionsvertrag mit keinem Wort erwähnt werden. „Für beide Anlagen gibt es bisher keine Laufzeitbegrenzung. Das ist nicht hinnehmbar und die neue Bundesregierung muss die Produktion und den Export von Atombrennstoff in Gronau und Lingen unverzüglich stoppen“, betont BBU-Vorstandsmitglied Udo Buchholz.

## Protest-Jubiläum in Gronau

In Gronau haben gestern (5.12.) rund 50 AtomkraftgegnerInnen aus NRW und Niedersachsen vor der Urananreicherungsanlage demonstriert. Bei einer Kundgebung kamen dabei u. a. Alexander Vent vom Bündnis „AtomkraftgegnerInnen im Emsland (AgiEL) und Vladimir Slivjak zu Wort. Vladimir Slivjak hat als Vertreter der russischen Umweltorganisation Ecodefense in der letzten Woche den Alternativen Nobelpreis bekommen.

Mit der Kundgebung wurde auch der langjährige Protest gegen den Bau und Betrieb der Urananreicherungsanlage gewürdigt. Die erste Bürgerinitiative wurde in Gronau bereits vor 45 Jahren im Oktober 1976 gegründet. Vor 40 Jahren entstand daraus der bis heute aktive Arbeitskreis Umwelt (AKU) Gronau (ebenfalls eine Mitgliedsorganisation des BBU). Und seit dem Herbst 1986, also seit 35 Jahren, treffen sich immer am ersten Sonntag im Monat Anti-Atomkraft-Initiativen zum Sonntagsspaziergang an der Urananreicherungsanlage. Nächster Termin: Der Neujahrsspaziergang am 2. Januar 2022.

## Weitere Informationen

<https://www.bbu-online.de/presseerklaerungen/prmitteilungen/PR%202018/11.12.18.pdf>

<https://atomstadt-lingen.de>

<https://bbu-online.de>

<https://bbu-online.de/AK%20Energie/Aktuelles%20AK%20Energie/Lingen-Resolution%20Mai%202021.pdf>

<https://sofa-ms.de>

## Engagement unterstützen

Zur Finanzierung seines vielfältigen Engagements bittet der BBU um Spenden aus den Reihen der Bevölkerung. Spendenkonto: BBU, Sparkasse Bonn, IBAN: DE62370501980019002666, SWIFT-BIC: COLSDE33.

Informationen über den BBU und seine Aktivitäten gibt es im Internet unter <http://www.bbu-online.de> und telefonisch unter 0228-214032. Die Facebook-Adresse lautet [www.facebook.com/BBU72](http://www.facebook.com/BBU72). Postanschrift: BBU, Prinz-Albert-Str. 55, 53113 Bonn.

Der BBU ist der Dachverband zahlreicher Bürgerinitiativen, Umweltverbände und Einzelmitglieder. Er wurde 1972 gegründet und hat seinen Sitz in Bonn. Weitere Umweltgruppen, Aktionsbündnisse und engagierte Privatpersonen sind aufgerufen, dem BBU beizutreten um die themenübergreifende Vernetzung der Umweltschutzbewegung zu verstärken. Der BBU engagiert sich u. a. für menschen- und umweltfreundliche Verkehrskonzepte, für den sofortigen und weltweiten Atomausstieg, gegen die gefährliche CO<sub>2</sub>-Endlagerung, gegen Fracking und für umweltfreundliche Energiequellen.